

Bezugpreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1.50.
Durch die Post im Drei- und Ober-
landkreise, sowie im sonstigen in-
ländischen Vertrieb RM. 1.80 mit
Postzuschlag. Dreieck freibleibend.
Der Preis einer Nummer 10 Rpf.
An Stellen höherer Gewalt beträgt
sein Nachschuß auf Lieferung der
Nummern über auf Wiederholung
des Bezugpreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Auslieferungsbüros jederzeit entgegen.
Gesamtheft N. 4.
Direktions-Dr. 24 bei der Oberamt-
Spedition Neuenburg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenburg.

Nr. 81

Freitag den 8. April 1932

90. Jahrgang

Noch keine Einigung auf der Donaufreier

London, 7. April. Reuter meldet: Auf der heutigen Sitzung wurde ein Einverständnis nicht erzielt, da im Verlaufe der Einzelgespräche Probleme aufgetaucht sind, zu deren genauer Prüfung ein die Regierung freie Hand zu haben wünscht, ehe sie auf bestimmte Punkte sich endgültig festlegen können. Die Reuter weiter erfährt, wird die Konferenz morgen vielleicht vertagt werden, falls sich das als die zweckmäßigste Methode erweisen sollte. Die in den Besprechungen zwischen MacDonald und Lardie am Sonntag und Montag erörterten Vorschläge sind im Verlauf der gestrigen und heutigen Sitzungen der Viermächtekonferenz noch nicht gänzlich besprochen worden.

Französische Presse unzufrieden

Mit einem leisen Unterton der Beugung, recht propheetisch zu haben, registriert die Pariser Presse die Tatsache, daß Italien und Deutschland auf der Viermächte-Konferenz in London plötzlich in die Opposition getreten sind. Der Ton der Pariser Pressepolitik ist heute merkwürdig gewandelt. Nur Bertinax erklärt sehr scharf im „Echo de Paris“, die Regierungen von Berlin und Rom sind nicht nur feindselig gegenüber allen, was in der Verhandlung zwischen Lardie und MacDonald geplant worden ist, sondern sie setzen auch aktiv alle Kraft ein, um sogar die Idee einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donauländer zu vernichten. Die Antipresse bringt der Opposition Deutschlands und Italiens mehr Verständnis entgegen. So erklärt das „Ceuvre“: Die beiden Staaten sind tiefer als Frankreich und England in den wirtschaftlichen Mechanismus des Donaubereichs verwickelt. Auch der Anschlußgedanke entspringt nicht nur einer politischen Absicht; er entspringt auch aus der Richtung der wirtschaftlichen Strömung. Durch ihre geographische Lage und wirtschaftliche Verflechtung können die beiden Staaten, wenn auch nicht zum direkten Eintritt in den Donaubereich, so doch dazu herangezogen sein, die Brücke zwischen den Donauländern und Frankreich und England zu bilden.

Großfeuer in der Münchener Innenstadt

München, 8. April. (Tel. B.M.) Heute früh gegen 3 Uhr brach in der im Zentrum der Stadt gelegenen Schranneuhalle Feuer aus, das sich mit ungeheurer Geschwindigkeit über das ganze Gebäude entwickelte und auf einige Nachbarhäuser übergriff. Die gesamte Münchener Berufsfeuerwehr mußte zur Bekämpfung des riesigen Feuers herangezogen werden, doch ist es äußerst schwer, an den Herd heranzukommen. Da der Rauch durch den Wind in diese Straßen gedrückt wird, sind die Feuerwehrleute sehr behindert. Gegen 4 Uhr früh bot die Halle ein Bild vollkommener Verwüstung, sie ist vollkommen ausgebrannt. Die Schranneuhalle diente früher als Markthalle und wird jetzt als Lagerhalle für Expeditionstruppen und als Fleischschlachthaus benutzt.

Bei dem Brand der Schranneuhalle wurde nach einer späteren Meldung vom roten Kreuz bisher 82 Personen die erste Hilfe zuteil, 65 Feuerwehrleute wurden von den Sanitätern behandelt. Sie hatten zum Teil Rauchergiftung oder Augenverletzungen erlitten. 8 Kraftwagen und eine Anzahl Motorräder, die in der Halle untergebracht waren, sollen den Flammen zum Opfer gefallen sein.

Der bayerische Ministerpräsident gegen politischen Terror

München, 7. April. Bei der Beratung des Staatsministeriums des Reichens im Plenum des Landtages kam es heute zu Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Nationalsozialisten. Der nationalsozialistische Redner Hg. Bammann bezeichnete es als einen Mißbrauch der verfassungsrechtlichen Bestimmungen, daß die Regierung Held nach ihrem Austritt noch zwei Jahre lang als geschäftsführende Regierung weiter amtierte. Ministerpräsident Dr. Held wies diese Auffassung zurück, und nahm eingehend Stellung zu der für die Öffentlichkeit der bayerischen Amtlichen Pressestelle über die Äußerungen der Nationalsozialisten nach einem Siege Dillers. Die Dinge seien unannehmbar geworden, weil man mißbräuchlicherweise einen Druck auf die Bevölkerung auszuüben verhalte, insbesondere auf die Beamten, daß keiner mehr zu getraut, seine Pflicht zu tun und die Staatsinteressen des Reichens zu vertreten. Die Zahl der Briefe sei Legion, die an ihn gekommen sind und in denen es hieß, daß sich kein Reich mehr über die Straße trage und keiner mehr wage, seine Meinung in der Öffentlichkeit zu sagen, daß man gesellschaftlich und geschäftlich boykottiert werde, ja das Wort vom „Körperrollen“ werde den Leuten jeden Tag vorgehalten. Er lasse sich nicht einschüchtern, von niemand; die Meinungsäußerungen öffentlichen Dingen gegenüber seien unerschrocken. Das Vorgehen der Nationalsozialisten sei eine Methode und ein System, das bekämpft werden müsse, da man die übrige Bevölkerung Bayerns unter einem unerhörten Terror setze, wie man ihn noch nie erlebt habe. Dabei sage man: wir sind die Deutschen, wir sind allein das deutsche

98 000 Arbeitslose weniger

Berlin, 7. April. Die Frühjahrsentlastung am Arbeitsmarkt ist in der zweiten Hälfte des März deutlich erkennbar geworden. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit dem 15. März um rund 98 000 zurückgegangen und betrug am 31. März nach den Zählungen der Arbeitsämter rund 6 031 000.

Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen wurden am 31. März rund 5 323 000 in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge, rund 1 948 000 Wohlfahrtsverbände in der öffentlichen Fürsorge unterstellt. Gegenüber dem Stand Mitte März hat die Arbeitslosenversicherung eine Entlastung um rund 158 000 auf rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger erfahren. In der Krisenfürsorge wurden rund 1 744 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, was gegenüber Mitte des Monats eine Zunahme um rund 27 000 bedeutet.

Die Besserung der Beschäftigungsverhältnisse, die im vorigen Berichtsbildnis sich erst in einzelnen Bezirken ankündigt, hat sich nunmehr allgemein durchsetzen können. Sie blieb jedoch hinter der entsprechenden Bewegung im Vorjahre nicht unerheblich zurück, wohl zum Teil infolge der Zurückhaltung der Wirtschaft wegen der ungeklärten politischen Lage. Die günstigere Entwicklung wurde fast ausschließlich von den Saisonarbeiten getragen, in denen allmählich die Arbeit in etwas größerem Umfang wieder aufgenommen wurde.

König von Schweden bei Hindenburg

Berlin, 7. April. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den inoffiziellen Besuch des Königs von Schweden, der sich auf der Rückreise aus dem Süden eines Tag in Berlin aufhielt. Der König traf gegen 12.30 Uhr im Reichspräsidentenpalais ein, wo ihm eine Ehrenwache die militärischen Ehrenbezeugungen erwies. An eine etwa halbstündige private Unterhaltung der beiden Staatsoberhäupter schloß sich ein Frühstück, an dem außer dem Gefolge des Königs, sowie der Umgebung des Reichspräsidenten der schwedische Botschafter in Berlin, Reichsminister Grotzer u. a. teilnahmen.

Soll, und wir allein können Deutschland wieder zur Freiheit führen. Um deutsch zu sein, müsse man in erster Linie wahrhaftig sein und deutsch sein heiße, dem Nebenmenschen gegenüber aufrichtig sein. Den Vorwurf der Doppelzüngigkeit gab Dr. Held den Nationalsozialisten mit dem Hinweis auf ihre widersprüchlichen Erklärungen zur auswärtigen Politik zurück und schloß: Ich habe dafür zu sorgen, daß unsere friedlichen und unabhängigen Leute sich aufrichtig im politischen Leben betätigen können und daß die Beamten unter allen Umständen aus dem Druck und dem Terror herauskommen, unter dem man sie stellen will, damit andere mit Gewalt bei uns die Macht ergreifen können.

„Freidericus“ über die vergeblichen Bemühungen um eine Reichspräsidentenhandkatur des Kronprinzen

Berlin, 7. April. Der Herausgeber der Zeitschrift „Freidericus“, F. C. Dohle, gibt in seinem Blatt eine Schilderung von Bemühungen der Führer der nationalsozialistischen Opposition, den früheren Kronprinzen zum Gemeinschaftskandidaten für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl aufzurufen. Ein nationalsozialistischer Propagandaleiter, ein Stahlhelmann und ein parteipolitisch unbedingter nationaler Mann, so heißt es in der Zeitschrift, taten sich zusammen, um die Sache in Fluß zu bringen. Während der eine in seinem im Westen des Reiches gelegenen Wohnort blieb, und das Telefon nicht aus dem Auge ließ, führten der nationalsozialistische Propagandaleiter und der Stahlhelmann mit dem Schnellzug nach Döln und sagten dem früheren Kronprinzen, daß große Teile des Volkes ihn bären, sich der nationalen Opposition als Einheitskandidat zur Verfügung zu stellen. Nach langer sachlicher und ernsthafter Aussprache setzte sich der Kronprinz bereit, sich dem Volk, wenn es ihn zur Reichspräsidentenhandkatur berufe, nicht zu verweigern. Bedingung sei jedoch, daß der Kaiser nicht auf Grund des hohenkollaren Hausgesetzes ein Kandidaturverbot an den Kronprinzen ergehen lasse. Adolf Hitler, dem der nationalsozialistische Propagandaleiter von dem Entschluß des Kronprinzen Kenntnis gegeben hatte, hatte sich daraufhin bereit erklärt, den Kronprinzen auf den Schild zu erheben. Dem im Westen des Reiches wohnenden Dritten wurde aufgegeben, sofort nach Doorn zu fahren, um dem Kaiser die Sache vorzutragen. Er mußte aber aus Utrecht melden, daß der Kaiser mit der Kandidatur nicht einverstanden sei. Daraufhin erklärte der Kronprinz, daß er unter diesen Umständen nicht kandidieren wolle. Bis zum letzten Tag der Einreichung der Kandidatenliste, bis zum 31. März, wartete man, wie der „Freidericus“ weiter schreibt, auf eine Sinnesänderung aus Doorn. Sie trat aber nicht ein. Der Kronprinz erklärte nun, er werde im zweiten Wahlgang Hitler wählen.

München, 7. April. Durch eine Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern ist in der Zeit vom 9. bis 11. April das Zusammenleben und Zusammenhalten von Klammernbereitschaften von Mitgliedern politischer Vereinigungen für das ganze Staatsgebiet Bayerns verboten. Die Polizeibehörden sind zu einem strengen Vollzuge der Anordnung angewiesen.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ober
deren Raum 20 Rpf., Restamzelle
20 Rpf. Restamzelle 100 Rpf.
Zuschlag, Offerte und Anzeigen-
erstattung 20 Rpf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Mahnverfahrens hinfällig
wird, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zeitbe-
derungen treten sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Berücksichtigung für beide Teile in
Neuenburg. Für teure, wertvolle
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Niederschmetternder Eindruck über die Buchprüfung bei Ivar Kreuger

Die Stockholmer Pressestimmen lassen erkennen, daß die Mitteilung des von der englischen Revisionfirma Price & Waterhouse ausgegebenen Prüfungsberichtes, durch die sehr bedenkliche und umfangreiche Buchungsmanipulationen des verstorbenen Ivar Kreuger festgestellt werden, einen erschütternden Eindruck ausgelöst hat. Ueber das Ausmaß der Fälschungen, die den Status des Konzerns schon Anfang des Jahres 1931 in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen müssen, liegen zuverlässige Unterlagen noch nicht vor. Daß es sich jedoch um sehr beträchtliche Summen handelt, geht u. a. aus der, wie jetzt festgestellt, willkürlichen Verschönerung und Höherbewertung großer Aktienposten hervor, wie z. B. auch des deutschen Immobilienbesitzes Kreugers, der etwa doppelt so hoch bewertet für nach Deutschland getätigte Händlungsleistungen von 10 Mill. Kronen bei Svenska vorhanden war, später dann auf Umwegen bei der Muttergesellschaft Kreuger & Toll in Erscheinung trat, dann mit nahezu 18 Millionen Dollar bei der inzwischen liquidierten Swedish American Investment Corp. ankam, und schließlich in diesem Umfang von der holländischen Tochtergesellschaft übernommen wurde.

Nach dem zweiten Communiqué der Prüfungscommission ist die Lage des Kreuger-Konzerns zweifellos als nach viel unübersichtlicher und jedenfalls viel unangenehmer zu beurteilen. Wie sehr die Dinge ins Kriminelle hineinspielen können, geht auch daraus hervor, daß die Rechts-Berwalter des persönlichen Vermögens von Kreuger sich auf indirekte Aufforderung der schwedischen Behörden berufen haben, sämtliche persönlichen Aufzeichnungen und Dokumente Kreugers der Revisionfirma zur Verfügung zu stellen. Da Einzelheiten noch fehlen, läßt sich nicht kontrollieren, ob die Korrekturenmeldung richtig ist, wonach ein verbliebenes Vermögen von 40 Millionen Kronen des verstorbenen Kreuger verbleibend worden ist.

Deshalb die deutsche Wirtschaft nur in sehr beschränktem Umfang von den Kreuger-Schwierigkeiten in Mitteleuropa gezogen wird, haben selbstverständlich die Stockholmer Meldungen auch in deutschen Finanzkreisen wie eine Sensation gewirkt. Der Selbstmord Kreugers, der zuerst auf eine unbegreifliche seelische Depression zurückgeführt wurde, erweist sich als Flucht vor der Verantwortung für kriminelle Verfehlungen, die geeignet sind, den Ruf des Verstorbenen zwar nicht als eines großen Organisators, jedoch als eines internationalen Finanzmannes weiter zu erschüttern. Es ist bezeichnend, daß selbst die engsten Mitarbeiter Kreugers von den festgestellten Verfehlungen buchhalterischer und bilanztechnischer Art nichts gewußt haben. Und es ist mehr als bedauerlich, daß sich auch jetzt noch nicht annähernd der Umfang dieser Katastrophe erkennen läßt. Nur so ist es zu erklären, daß trotz der scharf gesunkenen Kurse für alle Kreuger-Werte von kleineren und mittleren Banken der ganzen Welt Tag für Tag riesige Posten von Aktien der Händlungs-Gesellschaft auf den Markt geworfen werden, allerdings in der Hauptsache nur an den internationalen Börsen, nicht dagegen in Berlin, das, wie alle deutschen Banken von dem Kreuger-Zusammenbruch in erstaunlicher Weise verschont geblieben ist.

Ministerpräsident Dr. Held zum Versailler Vertrag

München, 7. April. In seiner Staatsrede kam Ministerpräsident Held in Erwiderung der Wirtschaftslage auch auf das Versailler Diktat zu sprechen und erklärte, er habe die Überzeugung, daß der Versailler Vertrag und auf der anderen Seite die Tatsache, daß wir mit Auslandsschulden des Friedensdiktats von Versailles finanziert wurden, in erster Linie dazu beigetragen haben, Deutschland in die Katastrophe hineinzutreiben. Wir haben allen Anlaß, uns gegen die Ursache des Versailler Diktats zu wenden, nämlich gegen die Kriegsschuldfrage, auf der das Diktat aufgebaut wurde. Aber die Kraft, die Deutschland in diesem Kampf entfalten kann, wird bestimmt nach dem Grad der Einigkeit und nicht nach dem Grade der Uneinigkeit und der Zerstückung des Volkes, wie dies heute versucht wird. Heute kommt es mehr als je darauf an, in der Außenpolitik die Einigkeit des ganzen Volkes einzusetzen.

Eine Schlacht an der Grenze von Korea

Musden, 7. April. In der Nähe der Grenze der Mandchurie und Korea an der ostchinesischen Eisenbahnlinie ist eine große Schlacht zwischen japanischen Truppen unter General Tamon und chinesischen irregulären Truppen ausgebrochen worden. Japanischen Kampfberichten zufolge wurden 100 Chinesen getötet und 3000 verwundet. Ihre eigenen Verluste geben die Japaner mit 9 toten und 36 verwundenen Offizieren an, während über die Zahl der verlorenen Mannschaften keine Angaben gemacht werden. Die Truppen des Generals Tamon nahmen die Stadt Sandong ein und marschierten gegen Yan.

Einem amtlichen Bericht aus Schanghai zufolge stehen die sinesisch-japanischen Verhandlungen unmittelbar vor dem Abbruch. Während die Vertreter Japans es unter allen Umständen ablehnen, auf die Freisetzung des genauen Termins für die Zurückziehung der Truppen einzugehen, hat die chinesische Abordnung aus Kanting die strikte Anweisung erhalten, nimmermehr keinerlei Entgegenkommen zu zeigen. Deshalb wird der Abbruch der Verhandlungen bereits nach der nächsten Sitzung erwartet. Man rechnet weiterhin damit, daß alsdann eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unausweichlich sein wird. Darauf deuten auch wohl militärische Umgruppierungen hin, die japanischerseits vorgenommen worden sind.

Aus Stadt und Land

(Wetterbericht.) Im Norden liegt eine starke Depression, die die Wetterlage beeinflusst. Für Samstag und Sonntag ist immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Dobel, 8. April. Nach der „Schwäb. Tagwacht“, dem Organ der S.P.D. Württembergs, trug sich die literarische Sprechung der sozialdemokratischen Versammlung im Gasthaus zur „Linde“ folgendermaßen zu: Am Montag sollten in Döbel und Dersenthal Versammlungen durch die Genossen Dr. Schenkel und Harrer Honsder stattfinden. Nach Döbel hatte Bürgermeister Döber von Kotesol die Nationalsozialisten der Umgebung zusammengezogen, um die armen Waldarbeiter einzuschüchtern und zu terrorisieren. Er besetzte mit seinen Leuten den Hauptteil des Saales. Als Gemeinderat Brenner (Vierfeld) die Versammlung eröffnete und dem Redner, Harrer Dr. Schenkel, das Wort geben wollte, verlangte Bürgermeister Döber freie und sehr ausgedehnte Diskussionsfreiheit für die NSDAP. Brenner wies darauf hin, daß die Nationalsozialisten selbst in ihren Versammlungen keine Diskussionsfreiheit gewährt haben. Trotzdem wurde nach dem Referat Gelegenheit gegeben zu schriftlichen Anfragen. Hierauf kommandierte Bürgermeister Döber seine Prätorianer in das danebenliegende Wirtschaftszimmer, wo sie nun derartig ihre Forderungen führten, daß an eine geordnete Versammlung auch im kleineren Kreise nicht mehr zu denken war.

Salmbach, 2. April. Die hiesige Ortsgruppe des Bezirks-Obst- und Gartenbauvereins hatte am heute mittig zu einem Rundgang durch verschiedene Obstbaumgrundstücke eingeladen. Der Oberratsbaumwart Weiß-Ottenshausen, der sich in dankenswerter Weise zur Verfügung stellte, erläuterte zunächst der sehr zahlreichen Zuhörerschaft in kurzen Worten die Grundregeln der Baumzucht und zeigte hierauf an mehreren Beispielen, wie besonders junge Bäume zurückgeschnitten und gepflegt werden sollen, wenn sie später die Erwartungen erfüllen sollen, die man in sie setzt. Bei der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Obstbaues sollten solche Veranstaltungen viel zahlreicher stattfinden, denn nur durch Aufklärung der Obstbaumzüchter kann der Obstbau auf die Höhe gebracht werden und das Auslandsobst verdrängen.

Schömburg, 6. April. Auf Einladung der Viehverseuerungsanstalt sprach am Montag abend im Rathhausaal Stadttierarzt Dr. med. vet. Boepple-Kreuzburg zu den hiesigen Landwirten über Viehzucht und Tierkrankheiten. Bürgermeister Hermann begrüßte die Anwesenden, worauf Dr. Boepple das Wort ergriff. Gerade in unserer Zeit, so führte der Vortragende aus, wird der Ruf nach Licht, Luft und Sonne für unsere menschlichen Behausungen immer lauter und dringender. Und das ganz mit Recht! Es müßte eigentlich selbstverständlich sein, daß diese Forderung auch auf die Unterbringung und Behandlung unseres Viebes angewendet wird. Analog zu unseren menschlichen Bedürfnissen gilt für die Viehhalter der Satz: „Das Vieh soll wie ein Mensch behandelt sein.“ Gut durchlüftbare und saubere Stallungen, die allen hygienischen Erfordernissen entsprechen, sind heute im Interesse eines gesunden und leistungsfähigen Viehstandes notwendiger als je. Außerordentlich

wichtig ist vor allem auch, daß dem Vieh außerhalb des Stalles regelmäßige Bewegung verschafft wird. Früher hat man dem schon dadurch entprochen, daß man die Tiere zur Tränke geführt hat. Die Wasserleitungen haben uns in diesem Stück viel zu bequem gemacht. Vorbeugen ist das beste Mittel im Kampf gegen die Tierkrankheiten. Deshalb sollte jeder einzelne seinen Stall streng überprüfen und sich fragen, ob er nicht dies oder jenes besser machen könnte. Das ist schon im Hinblick auf die in Wäldern zu erwartende Durchführung des neuen Reichs-Wildgesetzes im eigenen Interesse von großer Wichtigkeit. Ueber die Gewährleistungen bei Vieh-Auf- und-Verkäufen und die dabei zu beachtenden Bestimmungen und Vertragsklauseln folgten dann wertvolle Hinweise und Ratschläge, die dankbar aufgenommen wurden. Die Besprechung der Krankheiten und der Behandlungsmethoden bei verschiedenen Tierkrankheiten nahmen einen breiten Raum ein. Davon sei vor allem die Befämpfung der Kinder-Tuberkulose und der Strahlentherapie Erwähnung. Die Maßnahmen bei Verdauungsstörungen und Fremdkörpervergiftungen, sowie bei Gelenkerkrankungen wurden ebenfalls ausführlich behandelt. Besonders Interesse fanden die Ausführungen über die sogenannte „Anfruchtbarkeit“, die Geburt und die Kälberaufzucht. Dr. Boepple beantwortete anschließend noch eine Reihe von Anfragen über praktische Fälle in den einzelnen Ställen. Der Vortrag war außerordentlich lehrreich und gab Zeugnis von reicher Erfahrung und großer Kenntnis der tierärztlichen Wissenschaft seitens des Referenten. Bürgermeister Hermann dankte demselben für die interessanten und tiefbegründeten Ausführungen.

Die tierärztliche Versorgung Schömburgs war bisher infolgedessen ziemlich mangelhaft, als es an einer einheitlichen Regelung fehlte und eben nur in äußersten Notfällen irgend ein Tierarzt, der zu erreichen war, herbeigerufen wurde. Das kam vor allem daher, daß man neben den eigentlichen ärztlichen Honoraren Reisekostenzuschläge bezahlen mußte und dadurch viel höhere Tierarztkosten hatte als Landwirte in Orten mit dem Sitz eines Tierarztes. Und doch würde mancher Tierhalter in bestimmten Fällen den Tierarzt zu Rate ziehen, wenn die Kosten nicht so hoch wären. Dies zu erleichtern, wird nun mit Dr. Boepple eine Vereinbarung dahingehend getroffen werden, daß dieser regelmäßig einmal in der Woche und zwar vorläufig Mittwoch nach Schömburg kommt und den Tierbesitzern zu äußerst günstigen Vergütungssätzen zur Verfügung stehen wird. Durch diese Regelung wird zweifellos ein bedeutender Fortschritt erzielt, der überall sehr begrüßt und der sich sicherlich vorteilhaft auswirken wird zum Wohle der Schömburger Tierbesitzer.

Überfüllung des Arztstandes

Wie baldamtlich mitgeteilt wird, sind die Aussichten des Arztstandes heute schlechter als je. Etwa 50.000 approbierten Ärzten stehen in Deutschland schon heute 21.000 Studierende der Medizin gegenüber, die alle glauben, innerhalb des freien Berufes vermöge besonderer Eignung und Tüchtigkeit sich durchsetzen zu können, dabei aber vergessen, daß es sich bei den Ärzten heute nicht mehr um einen freien Beruf handelt. Für die kostenärztliche Tätigkeit, die vier Fünftel der gesamten Berufstätigkeit ausmacht, ist eine besondere Zulassung vorge-

schrieben, die beschränkt ist und auf lange Zeit hinaus beschränkt bleiben wird. Die drohende Verschlechterung der Lage des Arztstandes hat die Arztverbände zu der Erklärung veranlaßt, daß die Unterbringungsbedingungen von Ärzten in Krankenverbänden für nicht absehbare Zeit vollständig erschöpft sind.

Württemberg

Reutlingen, 9. April. (Ein Kind verbrannt.) In der Schenkendorfsstraße hat gestern mittig um 4 Uhr eine Mutter von zwei Kindern am Herd Feuer angezündet, um Fett auszulassen. Bei 1 Jahre altes Kind stand im Kinderwagen neben ihr nahe am Herd. Die Mutter wurde geschwindig abgerufen und ging, in dem Glauben vom Herd weg, daß das Feuer nicht brenne. Als sie nach einiger Zeit zurückkam, war ein schreckliches Unglück geschehen. Das Feuer hatte sich inzwischen doch angezündet, das Fett überließ die Kochpfanne und brannte heftig auf dem Herd, hinauf zu der darüberhängenden Kindswäsche. Letztere fiel brennend herunter auf den Kinderwagen, so daß die Betten Feuer fingen. Das Kind wurde scharf verbrannt. Es wurde sofort ins Bezirkskrankenhaus verbracht, ist aber dort gestern abend seinen schmerzhaften Brandverletzungen erlegen.

Reutlingen, 7. April. (Vom Gassenfahrgeschäft.) Am Ortsausgang von Reutlingen fiel die 14 Jahre alte Tochter des Volkstoten Kohn, der mit seinem Kutschmann Saude auf dem Markt fuhr, infolge Schwere der Jagiere beim Fahren eines Autos vom Gassenwagen, der umfuhrte. Dem Mädchen, das vom Gassenfahrgeschäft geschleudert wurde, wurde der Kopf schwer verletzt. Der Tod trat sofort ein.

Buchau a. F., 7. April. (Tödlicher Ausgang.) Am Dienstag früh schloß der Wegwerfer Fritz Dengel aus Buchau beim Nachsehen seiner Schußwaffe, die er zum Lösen der Here gedreht, aus Unvorsichtigkeit in die linke Brustseite. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe ist er Mittwoch abend infolge innerer Verblutung seinen schweren Verletzungen erlegen.

Murrhardt, 7. April. (Selbstmord des Gemeindeführers.) Der Gemeindeführer E. hat sich durch Erschießen das Leben genommen. In der Kasse liegen Unzulänglichkeiten vor, die er selbst in privaten Aufzeichnungen dargelegt hat. Es soll sich um einen größeren, noch nicht festgestellten Betrag handeln. Wie man hört, hat der vor einigen Jahren durchgeführte Bau eines Hauses seine finanziellen Kräfte überstiegen.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 7. April. (Schlachtviehmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 1 Ochse, 2 Bullen, 29 Jungbullen, 30 Kühe, 15 Rinder, 311 Kälber, 451 Schweine, 5 Schafe; alles verkauft. Es wurden für 1 Ztr. Lebendgewicht folgende Preise erzielt: Ochsen —, Bullen a 24—26 (letzter Markt: unv.), b 22—23 (unv.), c 19—21 (unv.), Kühe —, Kälber a 33—35 (unv.), b 26—30 (unv.), c 22—24 (unv.), Kälber b 44—46 (43—46), c 38—42 (unv.), a 32—36 (30—36), Schweine a nach Schlachtgewicht von 240—300 Pfd. 41—42 (42—43), e von 200—240 Pfd. 40—41 (40—42), a von 160—200 Pfd. 38—39 (unv.), e Schlachte von 120—160 Pfd. 35—37 (36—37), Säugen 29—33 (30—36) Rack. Marktverlauf: Grobvieh langsam, Gerannt, Kal-er lebhaft, Schweine ruhig.

Letzte Nachrichten

St. Johns (Neufundland), 7. April. Ministerpräsident Sir Richard Squires, der, wie bereits gemeldet, in sein Amt zurückgekehrt ist, hat erklärt, er beabsichtigt durchaus nicht, zurückzutreten.

Elektrischer Strom aus Wind?

Berlin, 7. April. Der phantastisch anmutende Plan des Ingenieurs Honeff, riesige Turmbauten mit Windrädern zur Erzeugung elektrischen Stromes zu errichten, ist jetzt in ein akutes Stadium eingetreten. Das Reichsverkehrsministerium hat ein Gutachten anarbeiten lassen, das dem Plan ziemlich wohlwollend gegenübersteht, allerdings aber noch nicht alle technischen Einzelheiten für befriedigend gelöst ansieht. Nach diesem Plan soll Berlin zunächst einen Versuchsturm mit fünf Windkraftstrahlern in einer Höhe von fast 100 Metern überhaupt bekommen, denn der Eifelturm ist nur 300 Meter hoch. Dieser gigantische Bau würde auf dem Westgelände errichtet werden. Die fünf Windräder sollen nach dem Plan einen Durchmesser von je 80 Metern haben und in 300 Meter Höhe montiert werden. Die Leistungsfähigkeit eines solchen Versuchsturmes wird auf 700 Millionen Kilowatt jährlich geschätzt. In dem Turm sollen auch Restaurants, Cafés und Konditorien in neuen Etagen eingerichtet werden. Es sind bereits Bemühungen im Gange, eine Studiengesellschaft zu gründen, die später eventuell in eine Finanzierungsgesellschaft übergeleitet werden soll. Vorläufig ist allerdings nur die Möglichkeit, kein Wegweiser aber die Gewißheit des Baues vorhanden; aber die Möglichkeit besteht, daß der Plan in absehbarer Zeit durchgeführt wird.

Düßel und Ostwirtschaft

Königsberg, 6. April. In einer Rundfunkrede erklärte der Reichskommissar für die Ostküste, Reichsminister Erlange-Schöningh, für das gesamte Deutschland hänge alles davon ab, Ostpreußen nicht nur politisch festzuhalten, sondern es auch wirtschaftlich wieder so gesund zu machen, daß eine ferndeutsche Menschenschicht imstande sei, für Jahrzehnte und Jahrhunderte die Macht an der Grenze zu halten. Charakteristisch für den ganzen Osten sei, daß die Grundlage seines gesamten Wirtschaftslebens auf einer blühenden Landwirtschaft beruhe. Noch keine deutsche Regierung sei so entschlossen zugunsten der Rettung des Ostens eingetreten wie diese. Durch das Sicherungsverfahren sei zunächst einmal der absolute Verfall von rund 60.000 deutschen Landwirtschaftsbetrieben aufgehalten worden. Betriebe, von denen die wenigsten überhaupt noch einen Pfennig Kredit auf dem freien Markt bekommen hätten. Das Sicherungsverfahren werde nicht eher aufgehoben, als der Betrieb entweder entschuldet oder als völlig sanierungsunfähig in Staatsverwaltung gegangen ist. Bei diesen sanierungsunfähigen Betrieben müsse jene Siedlungspolitik im großen Stil durchgeführt werden, die der deutsche Osten braucht. Was sich jetzt vollzieht, müsse zugleich ein Wiederangriff auf die gesamten Wirtschaftslebens sein, wobei sowohl auf die Genossenschaften wie auf Handel und Gewerbe, insbesondere auf die Handwerker und die kleinen Gewerbetreibenden, sowie die Landarbeiter Rücksicht zu nehmen sei. Der Redner wies darauf hin, daß nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt die Landwirtschaft in Not befindet und daß es in Deutschland nicht nur dem



Der frühere Reichswehrleutnant Scheringer vor dem Reichsgericht

Berlin, 7. April. Unter großem Publikumsandrang begann heute vormittag vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts die Verhandlung gegen den 34-jährigen Reichswehrleutnant a. D. Richard Scheringer wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Unterstüßung einer staatsfeindlichen Verbindung. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich schuldig bekenne, erklärte der Angeklagte Scheringer: Wie kann man mich fragen, ob ich mich schuldig fühle, nachdem ich meine Gesinnung öffentlich kundgegeben habe, wegen derer ich hier heute? Aus dem Lebenslauf Scheringers ergibt sich, daß Scheringer während der Wehrzeit vom französischen Kriegsgericht in contumaciam zum zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist. Er ließ sich bei der sogenannten Schwarz-Weiß-Wehr anwerben und beteiligte sich am Rittmeister Putz. In der Reichswehr wurde er 1928 Leutnant. Im Oktober 1930 wurde er vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr 6 Monaten Festung verurteilt.

Vorsitzender: Während der Festungshaft sollen Sie mit anderen Festungsgangenen in Verbindung gekommen sein. Ist das richtig? Scheringer: Es ist die Meinung verbreitet worden, daß ich stark unter dem Einfluß der kommunistischen Festungsgangenen gestanden hätte. Das war nicht richtig. Es wurde sodann erörtert, daß Scheringer wegen politischer Betätigung und wegen Unzuverlässigkeit und ähnlicher Vorwurfsgründe mehrfach disziplinarische Strafen erhalten habe. Scheringer: Ich habe im November 1929 in der nationalsozialistischen Presse einen offenen Brief an Reichswehrminister Groener veröffentlicht, ohne daß das bekannt wurde. Daher glaubte ich auch, nichts darin zu sehen, daß ich am 18. März meine Erklärung veröffentlicht habe. Die scharfen Maßnahmen gegen mich und auch die Disziplinarstrafen setzen sämtlich erst nach dem 18. März ein. Eine ehrenwörtliche Verpflichtung, mich überhaupt nicht politisch zu betätigen, habe ich überhaupt nicht abgegeben.

Die Verhandlung wandte sich dann der Gesinnungsbildung Scheringers zu. Wir hatten — so sagte Scheringer — von der nationalsozialistischen Partei die Vorbereitung zur Revolution erwartet. Das konnte in dem damaligen Prozeß nicht zum Ausdruck kommen, weil er in dem trüben Licht der beschworenen Legalität stand. Wir folgten Hitler nach einem Schritt in den Sturm, obwohl er damals schon an der Partei zweifelte. In der Untersuchungshaft hatte ich mich bereits mit den ökonomischen Lehren von Karl Marx befaßt und da-

raus ersehen, daß die Befreiung der Arbeiterschaft, von der die Befreiung der Nation abhängt, nicht von ein paar Reformen abhängig sein könne. Diese Gedankengänge habe ich in Gollnow weiter verfolgt. Ich sah, daß es mit der nationalsozialistischen Partei nicht geht. Die nationalsozialistische Partei ist nicht eine sozialistische, nicht eine Arbeiterpartei, sondern sie ist der Auslöser revolutionärer gewordener Mittelschichten, die auf eine Befreiung hoffen. Weil Hitler in das Hebräer des Bürgertums und damit der Privatwirtschaft geriet, mußte er in einen Gegenatz zu Ausland kommen, und deshalb mußte er national und sozial verfahren. Ich verwarfe mich energisch dagegen, daß ich unter Druck oder Einfluß der Kommunisten einen Gesinnungswechsel vorgenommen habe. Mein Ziel war die nationale Befreiung und die Befreiung des Volkstümlichen Diktates.

Vorsitzender: Darauf arbeiten die legalen Regierungen auch hin. Scheringer: Das ist der entscheidende Irrtum, daß die legalen Regierungen glauben, die nationale Befreiung unter Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems erreichen zu können, das ist auch der Irrtum der nationalsozialistischen Partei. Die nationale Befreiung kann nur erkämpft werden mit der Front nach Westen. Vorsitzender: Alle diese Erkenntnisse haben Sie also in sechs Monaten aus der Trostspiegelzeit in Gollnow gewonnen; ich habe jahrelang gekämpft, um mich mit diesen Problemen wissenschaftlich auseinanderzusetzen. Scheringer: Wenn es auch nicht möglich ist, die gesamten Lehren von Marx und Lenin in dieser kurzen Zeit durchzuarbeiten, so kann man sich aber doch die Grundzüge erarbeiten. Vorsitzender: Wie kamen Sie nun dazu, das Schreiben an die kommunistische Reichstagsfraktion abzulehnen? Scheringer: Dauerhaftlich um zu betonen, daß ich im Bande mit den unterdrückten Arbeitern und mit Ruhland für die nationale Befreiung arbeiten will, und um zu dokumentieren, daß die nationalsozialistische Partei niemals die soziale Befreiung durchzuführen kann, nachdem sie sich tatsächlich vom Sozialismus entfernt hat und auf die Seite des Privatkapitalismus getreten ist. Scheringer verwahrte sich energisch gegen den Vorwurf eines Gesinnungswechsels. Er habe nur einen Stellungswechsel vorgenommen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird die Minderheitsreise besprochen. Scheringer ist nach seiner Darstellung Mitte Februar nach Berlin gefahren und hat dort versucht, sich über die damalige politische Stellungnahme der nationalsozialistischen Partei zu unterrichten. Auf der Eifendahnfahrt nach Wänden hätte er dann Göbbels die Kernfrage vorgelegt: „Wie will man die Zinsknechtschaft brechen?“ Göbbels habe gesagt: „Das mit der Brechung der Zinsknechtschaft, das ist ja ein federischer Akt, da kriegt ja der das Brechen, der das lesen muß!“ Da habe er erkannt, daß die Partei sich nicht mehr in die sozialistische Linie einordnen wolle, auf die ihr Programm hinwies. Dieser Eindruck habe sich in Wänden verstärkt, wo er Hitler überhaupt nur kurz zwischen Tür und Angel habe sprechen können. Auf seine Frage, wie die Partei an die Macht kommen werde, habe Hitler erklärt: „Die Partei wird den legalen Weg einhalten und auf legalen Wege zur Macht kommen.“ Hitler habe sich auf weitere politische Fragen nicht eingelassen und sodann auf den hohen Rang des Braunsen Dankes hingewiesen, vor dem die Königen in ihren Regierungsgebäuden vor Reich erschienen hätten. Nun habe Scheringer klar erkannt, daß die NSDAP nicht die Arbeiterschaft vertrete. Scheringer schloß die Darstellung seines Gesinnungswechsels mit den Worten: „Daraufhin gab ich die Erklärung ab, daß ich mich von allem löstete und mich in die Front des revolutionären Proletariats stelle!“

Vorsitzender: Sie mußten sich doch sagen, daß Ihr Schritt in allen Bevölkerungskreisen ein gewisses Echo finden würde.“ Scheringer: Ich gab die Erklärung deshalb öffentlich ab, weil ich damit auf weite Mittelschichten einwirken wollte, die in der NSDAP eine revolutionäre Organisation sehen.“ Dann betonte er erneut, es habe ihm vollkommen ferngelegen, sich an irgend einer staatsfeindlichen Verbindung mit jedem Apparat zu beteiligen, wie ihm das in der Auflage zur Last gelegt werde.

Gut zu Fuß
mit meiner Reform- und orthop. Fußbekleidung!
Fußstützen u. Bandagen
Neuzelle
Fußpflege
Pforzheim



Landwirt, sondern dem ganzen Volk schlecht geht. Der Landwirtschaft sei nur durch freiwillige Hilfe der anderen Berufsstände zu helfen. Reichsminister Schönerer-Schöninger entwickelte schließlich als seine persönliche Ansicht den Gedanken einer grundsätzlichen Neuorientierung der deutschen Agrarpolitik im Sinne einer vernünftigen Kontingenzierungs- und Produktionsbegrenzung, durch die der zusätzliche Bedarf an Agrarprodukten in erster Linie in denjenigen Ländern gedeckt wird, wo die Industrie ihre größten Exportinteressen hat und durch die gleichzeitig die notwendige Stabilisierung der Preise für Agrarprodukte erreicht wird. Die Notwendigkeiten der agrarischen Preisbildung, die Bedürfnisse des industriellen Absatzes und die Lebensmöglichkeiten der Verbraucher müßten also zu einem inneren Ausgleich gebracht werden.

Rekordfahrt des „Graf Zeppelin“

Zweckortshafen, 7. April. „Graf Zeppelin“ erreichte um 14.30 Uhr MEZ, die Insel Fernando de Noronha und ist um 14.11 Uhr in Pernambuco gelandet. Damit hat die zweite diesjährige Südamerikafahrt nur eine Dauer von 61 Stunden gehabt. Dies bedeutet einen Rekord, der wohl nicht so leicht wieder erreicht werden dürfte. Er ist dadurch möglich geworden, daß von der französischen Küste ab bis zum Äquator ununterbrochen ein nördlicher und nordöstlicher Wind von ziemlicher Lebhaftigkeit durchstand, der die Eigengeschwindigkeit des Luftschiffes um rund 30 Kilometer steigerte. Wenn auch kein allgemeiner Schatz aus dieser Rekordfahrt gezogen werden dürfte, so haben die bisherigen Fahrten nach Südamerika doch gezeigt, daß der Luftschiffbau seine Höhe haben wird, sein Programm fahrplanmäßig durchzuführen und daß er außerordentlich vorzüglich in seinen vorantizipierten Leistungen ist. Der Luftschiffbau Zeppelin hat für die Fahrt nach Pernambuco 72 Stunden angelegt. Es hat bisher fünf Fahrten in dieser Richtung ausgeführt worden, drei im Vorjahr und zwei in diesem Jahre. Bei der ersten Fahrt wurden genau 72 Stunden, bei der zweiten 69, bei der dritten 71, bei der vierten 67 und bei der letzten 61 Stunden benötigt. Es geht daraus hervor, daß genügend Spielraum besteht, um auch unter ungünstigeren Umständen auf einen Durchschnitt von 72 Stunden für die Dinstadt zu kommen.

Die Rückfahrt verläuft unter weniger günstigen Verhältnissen, da sie vom Äquator ab bis zu den kanarischen Inseln gegen die Nordwinde durchgeföhrt werden muß. Der Luftschiffbau Zeppelin hat für die Rückfahrt von Pernambuco eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit von durchschnittlich 96 und später auf Grund der Ergebnisse von etwa 85 Stunden festgelegt. Die bisherigen Rückfahrten benötigten rund 84, 81, 89 und 84 Stunden. Die dritte 96 Stunden dauernde Fahrt war unter ähnlichen Witterungsverhältnissen wie die jetzige Dinstadt durchgeföhrt worden. Von ganz extremen Ausnahmen abgesehen, dürfte die Möglichkeit bestehen, die Rückfahrten zu der angegebenen Zeit von durchschnittlich 85 Stunden durchzuführen zu können. Damit wären für die Hin- und Rückfahrt die Vorbedingungen als gegeben anzusehen.

Enttüllungen aus der Kriegszeit

London, 5. April. Soeben erscheint hier ein Buch von Kapitän Munro, der jahrelang hohe Posten in der Verwaltung der britischen Kriegshäfen innegehabt hat. Das Buch trägt den Titel „Stapa Flow“ und schildert, wie wenig die englischen Häfen bei Kriegsbeginn gegen feindliche Angriffe gesichert waren. Nach der Zeit Weidens sei die ganze Flotte von einer wahren Panik ergriffen worden: Am 17. Oktober 1914 führte Lord Jellicoe die Grand Fleet auf das bloße Gerücht hin, daß ein U-Boot gesichtet worden sei, auf die hohe See hinaus. Am gleichen Tage schrieb Admiral Beatty folgendes an den Ersten Seelord: „Wir haben gegenwärtig das Gefühl, daß wir einer ganz großen Katastrophe entgegengehen. Die Flotte ist von der Vorstellung befallen, daß alles auf irgendeine Weise fähig geht.“ Jellicoe frag in diesen Tagen bei der Admiralität an, ob er nicht die ganzen britischen Seestreitkräfte an die Westküste von Schottland überführen solle; das hätte bedeutet, daß man die Nordsee der deutschen Flotte übergab.

Eine Katastrophe ist nach Munros Ansicht weit weniger durch die Maßnahmen der Admiralität, als dadurch vermie-

den worden, daß die Deutschen in den ersten Kriegsmontaten keine Unternehmungslust gegen die britischen Häfen zeigten. Der Autor findet das umso erstaunlicher, als einer der deutschen Spione, der bei nach Berlin zurückkehren konnte, richtig gemeldet hatte, daß Stapa Flow unverteidigt war. Diefem Mann habe man in Berlin einfach nicht geglaubt, und zwar wahrscheinlich wegen des anders lautenden Berichtes eines zweiten Spions; der erste sei dann sogar erschossen worden, weil man ihn für einen englischen Agenten gehalten habe, der falsche Nachrichten in Berlin lancieren sollte. Munro erzählt ferner, daß von den elf deutschen Spionen, die während des Krieges im Tower erschossen worden sind, nicht weniger als fünf in der Flottenbasis von Inverness festgenommen worden waren. Admiral Sir Herbert Richmond bestätigte in der Einleitung zu Munros Buch, daß die Admiralität tatsächlich die Verteidigung der britischen Häfen in keiner Weise vorbereitet habe.

Rundfunk

fr. In der letzten Woche war Dandus Gedentag. Am 31. März vor 20 Jahren erblickte der große Tonjäger das Licht der Welt. Die Dandusfeier der österreichischen Bundesregierung, geboten aus dem großen Musikereinsaal in Wien, hatte Größe und Stille. Was hat in der Tat beim Gedentag an Namen wie Haydn, Mozart und Beethoven die alte Kaiserstadt an der Donau der Kulturwelt geschenkt an geistigen Werten! Dieser Wiener Gedentag, die u. a. das felsen geborene „Le Deum“ brachte, reichten sich zwei Danduskonzerte der Stuttgarter Philharmoniker würdig an, zumal die C-dur-Sinfonie „Maria Theresia“ boten. Die andere Gestaltung Wiens ist heute geruchlos. Seiner geistigen Gestaltung leisten auch heute noch die Kulturkreise ihr Ohr. Nicht umsonst übertragen Dandus unsterbliche Dandus. Die Schöpfung“ am Abend des 5. April die europäische Sender von Prag bis Delfinsfors. Solche Stunden geistiger Weltgemeinschaft entschädigen für die Kämpfe und andere Kämpfe, die wohl oder übel in Kauf genommen werden muß, da wir eben kein einheitliches Kulturideal mehr haben. Sicher ist aber, daß die großen Gedentage, wie sie sich an die Namen Goethe und Haydn knüpfen, ohne Rundfunk nie die Resonanz gefunden hätten. Die ihnen heute zu Teil werden konnte. Ein Beispiel gibt von der am letzten Montag aus Karlsruhe übertragenen Rede des Reichspräsidenten. Der Anführer hatte ein schlechtes Gewissen. Denn er entschuldigte sich mit dem Hinweis, die Uebertragung sei auf Wunsch der Reichsregierung erfolgt. Gewiß mag es dem Anführer fatal gewesen sein, den Gegnern Dandus diese Rede unterbreiten zu müssen. Allein jeder Vortrager kann ihm bestätigen, wie sehr die Zahl der Rundfunkhörer in die Höhe geht, seit gerade Dandus ein paarmal im Rundfunk das Wort ergriff. Im übrigen würden wir tatsächlich gern auch einmal Dandus am Rundfunk hören. Die Vorträge Dr. Pragers aus Wien, eines bekannten Philosophen, über die Entwicklungstheorie als Weltanschauung wählten einen wissenschaftlich vornehmen Standpunkt. Wer glaubte, das Zeitalter eines Hüdel würde untergehen, war im Irrtum. Der Vortrag von Bruno Bepanz über die Wiedereröffnung der Höfen war ebenfalls objektiv gehalten. Indessen wird doch gesagt werden müssen, daß unter den derzeitigen Verhältnissen für eine Waisse-Spekulation kein Raum mehr sein sollte. Waisse-Spekulation nennt man Wandel, welche Kunden gerade aus niedrigen Kursen ziehen. Die denkbar niedrigen Kurse haben wahrhaftig die altären Verkäufer genugsam geschädigt. Die Börse ist heute nicht mehr das, was sie vor dem Kriege war. Am letzten Sonntag wurde im Rundfunk eine neue Note angehängt. Auch ohne den jetzt eben in Leipzig beginnenden Dandusprozess gegen den ehemaligen Reichswehrminister Scheringer beansprucht alles besonders Interesse, was mit unserer Reichswehr in Verbindung steht. Man trägt so einen gewissen stillen Stolz auf sie mit sich herum. Diefem Interesse kam nun die Verteidigung der Rekruten des württembergischen 13. Infanterieregiments in Ludwigsburg und ihre Uebertragung entgegen. Der Aufmarsch, die Ansprachen der Militärgeistlichen beider Konfessionen, die Verteidigung, das Niederländische Dankgebet, der Schlussspruch des Regi-

mentkommandeurs, — alles war auf einen einheitlichen großen Gesichtspunkt gelenkt: Reich und Volk. Allein, so sehr wie nach der inneren Seite, interessierte der Vorgang nach seiner äußeren, festelte das militärisch-schmelzige Drum und Dran des Ganzen. Nur eines vermiffen wir: die jetzigen Reichswehrkapellen haben nicht mehr das Abgerundete, die Ralle des Klanges der alten Regimentsmusik. Wenn vor einem Rechenalter Obermusikmeister Schneckenburger in Tübingen oder Voettge in Karlsruhe den Lasthof erhoben, dann schöpften sie aus anderen kanonischen Chören. Für das, was der Rundfunk auf dem Gebiete der Volo- und anderer Melodie, wenn auch außerhalb seines Programms in Kauf nehmen läßt, entschädigte am Mittwoch den 5. April das Morgenkonzert mit Orchesterwerken von Franz Liszt. Das war eine Welt, die sprühte von Muten der Empfindung, vom Schmelz der Farben des Orchesters, vom Reichtum des Melodien und von geistvoll geführten Gesetzen der Harmonik. Wir haben viele begabte Tonsetzer — es sei u. a. an den Komponistenabend von F. Kufferer-Karlsruhe erinnert; aber geniale Begabungen, die ihr Jahrhundert mitreißten, scheinen zu fehlen: wann wird ihr Zeitalter neu andbrechen?

Geschäftliches

Die Firma Friedr. Brusch 60 Jahre

In unserer schnelllebigen Zeit verdient das fünfzigjährige Bestehen einer Firma gewiß die Beachtung der Allgemeinheit. Darum darf diese auch nicht stillschweigend an der Tatsache vorübergehen, daß am 10. April 1883 das geachtete Wäsche-Kaufhaus und Bettengeschäft von Fr. Brusch in Bfzheim gegründet worden ist. Diese Gründung geschah vor 50 Jahren in einem sehr bescheidenen Umfange auf der Weiberstraße, aber infolgedessen als die Folge einer Familienüberlieferung, als schon die Eltern und Großeltern des Gründers das Wäsche- und Bettengeschäft gepflegt haben. Das damals gegründete Geschäft wurde zunächst in einer ebenerdig gelegenen Wohnung betrieben, aber bereits im Jahre 1888 nach einem kleinen Laden an der Lammstraße und ein weiteres Jahr später nach Reggerstraße Nr. 11 verlegt. Der äußerst strebsame Inhaber des Geschäftes hatte es sich mit seiner ebenso rührigen, im Dezember vorigen Jahres im Alter von 81 Jahren gestorbenen Gattin von Anfang an zum Grundsatz gemacht, das Schwerkrieg seines Geschäftsbetriebes auf Wäsche eigener Herstellung zu legen. Der in seinem Geschäftsbetrieb ungemein peinliche und vorfichtige Geschäftsmann hatte es dabei gleichwohl niemals veräumt, sich über die Vorgänge und Fortschritte am Wäsche- und Bettengeschäft in der dort herrschende Mode auf dem Laufenden zu halten. Sein Geschäft war daher bald am hiesigen Plage tonangebend geworden, besonders noch, als er im Jahre 1900 in der Reggerstraße Nr. 7 einen Neubau erbaute und in diesem erweiterte Verkauf- und Ausstellungsräume einrichtete, die sich im Laufe der nächsten Zeit ständig vergrößerten. Im Jahre 1904 trat der heutige Inhaber der Firma, Herr Friedr. Roth, der Schwiegersohn des Gründers, zunächst als Angehülfer in das Geschäft, um dieses im Jahre 1907, also vor nunmehr 25 Jahren, auf eigene Rechnung zu übernehmen. Bei dieser Uebernahme war ihm von seiten seines Schwiegervaters die Verpflichtung auferlegt worden, das Geschäft streng nach den bisher geübten Grundsätzen zu führen, über deren Einhaltung er denn auch bis zu seinem im Jahre 1912 erfolgten Ableben gewacht hat. Mit der ständig zunehmenden Vergrößerung des Ladengeschäftes ist auch die Selbstherzeugung von Wäsche angewachsen und bildet heute einen mit einer nicht geringen Anzahl von Maschinen ausgerüsteten Betrieb. Auch der von jeder in der Familie heimlich geworfene Handel mit Bettfedern hat mit der Entwicklung des Geschäftsbetriebes Schritt gehalten und bildet einen nicht unwesentlichen Teil desselben. Bemerkenswert ist auch, daß neben der Gattin des jetzigen Inhabers, Frau Gertrude Roth, geb. Brusch, auch deren Tochter und ihr Ehemann im Geschäft tätig sind und der letztere sich besonders durch eigene Entwürfe für gestickte Bettwäsche nützlich macht. Durch letztgenannten Umstand ist die Gewähr dafür geboten, daß die Firma Fr. Brusch einem dritten Rechenalter gesichert sein dürfte, wozu man ihr bei Gelegenheit der gegenwärtigen Gedentagfeier Glück wünschen kann.

Gemeinde Birkenfeld.

Die durch anderweitige Verwendung des Otto Vollmer freigewordene

Stelle

ist auf 1. Mai 1932 neu zu besetzen. Bewerbungen sind bis 16. ds. Mts beim Bürgermeisteramt einzureichen.

Birkenfeld, den 7. April 1932.

Bürgermeisteramt: Neuhaus.

Frauenarbeitschule Neuenbürg.

Beginn des neuen Kurses für Wäsche- und Kleidernähen Dienstag, 12. April 1932, vormittags 8 Uhr. Anmeldungen für Ganztagschülerinnen, Halbtagschülerinnen und Gäste werden noch am Samstag, 9. April, nachmittags 5—6 Uhr, entgegengenommen.

Die Schulleitung.

Sämtliche Holzformulare

unter Mitwirkung erfahrener Fachleute des Oberamtsbezirks im eigenen Verlag bearbeitet, empfiehlt

C. Meeh'sche Buchdruckerei

Inh. Fr. Biefinger.

Auto-Nah- und Fernfahrten

werden zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausgeführt.

Autovermietung Otto Wild, Höfen a. E.

—: Telephon 38. —:

Adolf Hitler ist der Einpeitscher der sozialen Reaktion,

so lägen die Bongen der Sozialdemokratie und ihre knallroten Welter aus der SPD.

Einen Augenblick bitte! Aufgepaßt!

Wer hat den Verfall der Vertrag unterschrieben und damit jede soziale Lebensführung in Deutschland unmöglich gemacht? Wer hat die Unterschrift unter den Dawes-Pakt als den größten Sieg der internationalen Sozialdemokratie bezeichnet? Unter demselben Dawes-Pakt, der dem deutschen Arbeiter die letzten Reste eines gesicherten Daseins und einer Würde für Arbeit und Brot raubte? Wer hat den Achtstundentag und das Betriebsratsgesetz außer Kurs gesetzt? Wer hat die sozialen Versicherungen zu einer lächerlichen Farce herabgewürdigt? Wer hat durch seine Politik die Wirtschaft zum Erlahmen gebracht und damit 7 Millionen Arbeiter brotlos gemacht? Wer hat durch bornierte Fortsetzung der Tributzölitz das deutsche Vorkriegsleben dem internationalen Finanzkapitalismus unterworfen? Wer hat durch eine 13jährige Verzichtspolitik ein einst im Handel und Wandel blühendes Reich verwüdet und einem wirtschaftlichen Friedhof gleichgemacht? Wer hat durch Tolerierung des Brüning-Kabinetts die Löhne unter das Existenzminimum gesetzt? Wer hat den Versicherungsgedanken verflücht, das Tarifsystem gebrochen und damit die gesamte soziale Lebenshaltung des deutschen Volkes unter das Niveau jeder anderen Nation heruntergesetzt?

Vollsgenossen! Laßt Euch nicht belügen!

War es die Sozialdemokratie oder war es Adolf Hitler? Adolf Hitler will das deutsche Volk in seiner inneren Kraft fällen, er will ihm seine außerpolitische Freiheit zurückgeben. Damit wird auch der Weg gewiesen zu einer Wiederherstellung von Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland. Vom ersten Tage seines politischen Wirkens an lautet Hitlers Parole:

Für Freiheit, Arbeit und Brot!

wählt Adolf Hitler.

Er hat diesem Prinzip in seinem 13jährigen Kampfe wider das System treu und unverbrüchlich gedient.

Er erklärte am 7. April in Riesen-Massendemonstrationen in Frankfurt, Darmstadt und Ludwigshafen:

„Seit 13 Jahren regieren nun das Zentrum und die Sozialdemokratie das deutsche Volk. Soziales Glück und soziale Wohlfahrt haben sie im November 1918 versprochen. Das Ergebnis ist so, wie es kommen mußte.“

Als ich vor einem Jahr 6 Millionen Arbeitslose prophezeite, wurde ich von diesen Parteien verläßt und als gewissenloser Dreyer hingestellt. Heute sind die 6 Millionen überschritten! Fast ein Drittel der gesamten Erwerbstätigen Deutschlands ist arbeitslos. Ich habe mit meiner Theorie, daß der Verlust der Freiheit zum Verlust der Arbeit führt, Recht behalten. Ich sehe aber in der Verelendung des deutschen Arbeiters eine der schwersten Katastrophen nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft. Ich bin nicht Sozialist aus Mitleid, sondern aus Vernunft. Ich verstehe nicht, daß man eine Maschine pfeift, den Arbeiter aber glaubt misshandeln zu können. Mein eigenes schweres Leben hat mich belehrt, daß es keinen Nationalismus geben kann, der nicht in Sorge aufgeht um das Wohl aller tätigen Menschen eines Volkes. Die Größe der Zukunft Deutschlands wird einmal davon abhängen, ob es gelingt, den deutschen Arbeiter zum tragenden Mitglied unserer nationalen Gesellschaft zu erheben. Ich kämpfe daher aus nationalem Egoismus für das Leben und die Existenz derer, die durch ihre Tätigkeit die Größe der Nation bedingen. Wehe, wenn der Arbeiter in politischer Verblendung die Wirtschaft zerstört! Wehe aber auch, wenn die Wirtschaft in unverständigem Egoismus den Arbeiter vernichtet. Ich trete ein für eine große und logische Korporation beider Faktoren. Ich habe mich deshalb schon vor 13 Jahren als Nationalsozialist bezeichnet, bin es heute und werde es bleiben, solange ich lebe.“

Das ist Adolf Hitler's Wille und Weg!

Wer der sozialen Reaktion, die im Gefolge des November 1918 über Deutschland heraufgezogen ist, ein Ende machen will, wer mit uns kämpft für Freiheit, Arbeit und Brot, wer, wie wir entschlossen ist, dem deutschen Volk seine Lebensrechte zurückzugeben, der verweigert den Novemberparteiern des sozialen Rückschrittes seine Stimme und

